

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 20 (1993)
Heft: 2

Artikel: Eidgenössische Volksabstimmung vom 7. März 1993 : ja zu Mehreinnahmen für die Bundeskasse
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910318>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eidgenössische Volksabstimmung vom 7. März 1993

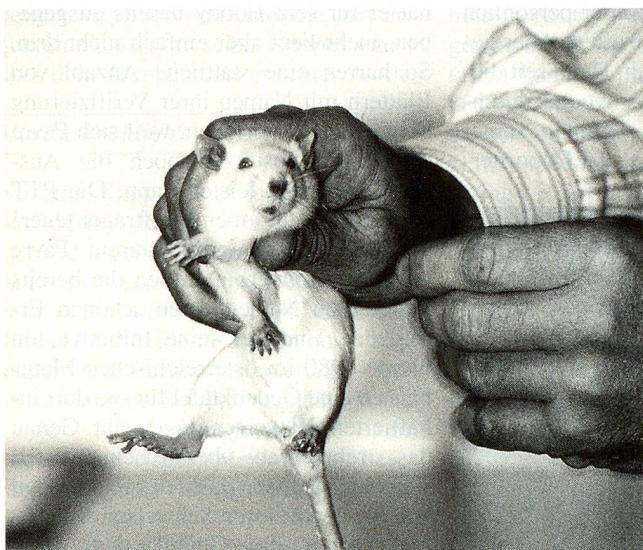
Ja zu Mehreinnahmen für die Bundeskasse

Bei allen drei Vorlagen sind Volk und Stände den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament gefolgt. Zustimmung fanden die zwei Massnahmen zur Sanierung des Bundeshaushalts, während die Volksinitiative zur Abschaffung der Tierversuche klar abgelehnt wurde. Die Stimmabteilung lag bei etwas mehr als 50 Prozent.

Treibstoffzollerhöhung

54,6 Prozent der Stimmbürger haben sich für eine Erhöhung des Grundzolls

auf Benzin um 20 Rappen pro Liter ausgesprochen. Diese Steuererhöhung bringt der Bundeskasse Mehreinnahmen von ca. 1,3 Milliarden Franken. Die Hälfte davon wird für die Finanzierung der Nationalstrassen verwendet. Trotz der Annahme dieser Steuererhöhung, die von einem Teil der Autolobby und von Arbeitgebern von rechts bekämpft wurde, muss auf den Neinstimmeneanteil in der Romandie und vor allem im Tessin hingewiesen werden, wo alles, was die Freiheit der Automobilisten einschränkt, regelmässig abgelehnt wird.



In der Frage der Tierversuche ist das Volk ebenfalls den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament gefolgt. (Foto: Keystone)

Kommentar

Die Vernunft hat am 7. März auf der ganzen Linie gesiegt. Der Staat erhält die im Sanierungsplan der Bundesfinanzen vorgesehenen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden, und die Forscher werden auch weiterhin neue Medikamente und Behandlungsmethoden an Versuchstieren testen können. Die offizielle Schweiz kann aufatmen. Diese Abstimmungsergebnisse helfen ihr, mit der schweren EWR-Schlappe vom 6. Dezember 1992 fertig zu werden.

Im Gegensatz zur EWR-Frage handelte es sich bei den drei Abstimmungsvorlagen vom 7. März um einfache und leicht verständliche Vorlagen. Die Notwendigkeit der Sanierung des Bundes-

haushaltes war unbestritten, und man war sich bewusst, dass dies nicht einzig durch Einsparungen zu bewerkstelligen ist – selbst in der Romandie und im Tessin, auch wenn dort die Treibstoffzollerhöhung um 20 Rappen abgelehnt wurde. Dieser neue «Riss» an der Sprachengrenze wird von den politischen Beobachtern denn auch kaum zur Kenntnis genommen.

Die Volksabstimmung vom 7. März hat gezeigt, dass sich die Stimmbürger nicht vom Sirenengesang des «Populismus», des «Draufgängertums» oder gar des «Egoismus» betören lassen, wenn die Richtung klar ist. Im Mai 1992 hat das Volk dem Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods, im September des gleichen Jahres dem ehrgeizigen NEAT-Projekt und jetzt den

Eidgenössische Volksabstimmungen

6. Juni 1993

- «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär»
- «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»

26. September 1993

28. November 1993

Gegenstände noch nicht festgelegt

Spielbankenverbot

Seit 1928 untersagt die Bundesverfassung die Errichtung und den Betrieb von Spielbanken. Mit 72,5 Prozent haben die Stimmberchtigten und alle Kantone ja gesagt zur Aufhebung dieses Verbots. Ein neues Spielbanken-Gesetz wird nun erarbeitet. Die Steuern, die auf den Bruttoeinnahmen der Spielbanken erhoben werden, sollen dem Bund ab 1996 etwa 150 Millionen Franken Mehreinnahmen einbringen. Diese Beträge dienen ausschliesslich der Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV).

Abschaffung der Tierversuche

Diese dritte Initiative innerhalb von acht Jahren über ein Verbot von Tierversuchen wurde von 72,2 Prozent der Stimmberchtigten und von allen Kantonen klar verworfen. Die Initianten haben die Fortsetzung ihres Kampfes und die Lancierung einer weiteren Initiative angekündigt.

PAT

neuen Steuern zugestimmt. Im Lichte dieser Volksentscheide erscheint das Nein zum EWR-Beitritt vor drei Monaten mehr den je der Unklarheit der Vorlage selbst zuzuschreiben zu sein.

Alles in allem haben die Schweizer sich selbst – und ihre Abgeordneten – am 7. März beruhigt. Doch die Politiker dieses Landes sind gut beraten, sich bei der Sanierung der Staatsfinanzen, über die das Volk in ein paar Monaten entscheiden wird, zu erinnern, dass nur aus einer klaren Idee auch eine klare Aussage hervorgeht.

Pierre-André Tschanz

Möchten Sie auch eine Initiative unterzeichnen, so blättern Sie zurück auf Seite 10.